

forum

*gastbeitrag*

## **E-Pass erleichtert Grenzkontrollen**

**jean henri dunant**

Am 17. Mai stimmt die Schweiz über die biometrischen Pässe ab. Der Basler SVP-Nationalrat sagt Ja, zugunsten der Reisefreiheit.

Der biometrische Pass ist Voraussetzung für künftige Reisefreiheit der Schweizerinnen und Schweizer. Alle Schengen-Staaten sind seit 2006 dazu verpflichtet, biometrische Pässe auszustellen. Diese ermöglichen visumfreie Reisen nach den USA und erleichtern alle Grenzkontrollen. Die Schweiz hat bis zum 1. März 2010, also weniger als ein Jahr, Zeit, dieser Verpflichtung nachzukommen. 54 Staaten, darunter fast alle Industrieländer, führen biometrische Pässe ein.

Was wird gespeichert? Unsere Pässe enthalten schon heute biometrische Angaben wie Geschlecht und Körpergrösse, früher waren auch Haar- und Augenfarbe erfasst. Neu kommen hinzu eine elektronisch gespeicherte Fotografie und zwei Fingerabdrücke, beides wird auf einem Datenchip im Pass gespeichert. Die Daten im elektronischen Pass (E-Pass) können maschinell gelesen werden. Zum Lesen der Fingerabdrücke muss das Lesegerät über einen zusätzlichen Code verfügen. Die Passdaten sind streng geschützt. Eine zentrale Speicherung biometrischer Daten ist zwar nicht zwingend, ermöglicht jedoch ein schnelleres Vorgehen zur Verhinderung von Missbräuchen. Der E-Pass erschwert das Erschleichen einer Schweizer Identität. 2008 wurden 73 000 Schweizer Pässe und Identitätskarten als verloren oder gestohlen gemeldet. Für die Schweizer Wirtschaft wäre eine Einschränkung der Reisefreiheit von Schweizer Geschäftsreisenden in die USA sehr nachteilig. Der Schweizer Tourismus ist auf freien Reiseverkehr angewiesen. Gäste aus fernen Ländern müssten ein Zusatzvisum für die Schweiz beantragen.

Was droht beim Nein? Der E-Pass ist eine Massnahme zur Stärkung der Sicherheit, als integraler Teil von Schengen/Dublin. Die Schweiz arbeitet an der Weiterentwicklung des Schengen-Rechts mit. Lehnt sie eine neue Regel ab, muss in 90 Tagen mit der EU eine neue Lösung gefunden werden. Gibt es keine Lösung, besteht die Gefahr, dass der Schengen-Vertrag, dem das Volk zugestimmt hat, gekündigt wird.